

Forum

Hubertus Buchstein

Wieder gelesen – Ernst Fraenkel über die politische Bildung an der Schule

Vorbemerkung

Der nachfolgende Text stammt aus dem Jahre 1958 und wurde von dem deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel im damaligen Westberliner „Radio im amerikanischen Sektor“ (RIAS) vorgetragen. Das Thema des bislang ungedruckten Beitrages ist auch heute wieder aktuell: Es geht um die kulturellen Voraussetzungen, ohne die Demokratien nicht gedeihen können und um die Rolle, die der schulischen politischen Bildung für die Schaffung dieser Voraussetzungen zukommt.

Zum Autor

Ernst Fraenkel wurde 1898 als Sohn jüdischer Eltern in Köln geboren und studierte 1919-1921 in Frankfurt Rechtswissenschaft und Geschichte. Nach seinem Eintritt in die SPD arbeitete er 1923-1927 in der gewerkschaftlichen Weiterbildung und anschließend als Anwalt für Arbeitsrecht in Berlin. In verschiedenen Aufsätzen befasste er sich Anfang der dreißiger Jahre mit der Krise der Weimarer Republik. Das konstruktive Misstrauensvotum des Grundgesetzes geht direkt auf einen seiner damaligen Reformvorschläge zurück. Nach 1933 konnte Fraenkel zunächst als Anwalt für Verfolgte des Regimes in Deutschland bleiben und war im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv. 1938 flüchtete er in die USA und arbeitete seit Beginn der vierziger Jahre im amerikanischen Regierungsdienst in Washington und in Korea. 1951 kehrte er als amerikanischer Staatsbürger nach Deutschland zurück und erhielt eine Professur für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Fraenkel wurde zu einem der wichtigsten Gründungsväter dieses neuen Faches in Deutschland. Er trug in den fünfziger und sechziger Jahren insbesondere mit der vom ihm gelehrten Pluralismustheorie entscheidend dazu bei, demokratisches Gedankengut in Deutschland politiktheoretisch zu begründen. Aufgrund seiner Erfahrungen in der Weimarer Republik sah Fraenkel in der Lehrerbildung und in der politischen Bildung ein zentrales Aufgabengebiet der Politikwissenschaft. Fraenkel starb 1975 in Berlin.

Zum Inhalt:

Die Rahmenbedingungen der schulischen politischen Bildung in Deutschland haben sich seit dem Vortrag Fraenkels in mehrfacher Hinsicht gravierend verändert. Der Kalte Krieg, der die Sprache des Beitrages deutlich prägt, ist heute längst Geschichte, die damals junge bundesrepublikanische Demokratie gilt mittlerweile als Erfolgsmodell, die Schüler sind keinen Lehrkräften mehr mit ausgeprägten autoritären Charakterstrukturen ausgesetzt und die politische Bildung gehört längst zum unbestrittenen Aufgabenkatalog der Schule. Es soll hier darauf verzichtet werden, Fraenkels Position innerhalb der Kontroversen in den fünfziger Jahren über die richtige Konzeption politischer Bildung genauer einzuordnen – bemerkenswerter ist, dass der Beitrag mit dem größeren Abstand zu seiner Entstehungszeit in einigen Punkten eher an Aktualität zu gewinnen scheint:

- Das gilt für Fraenkels politische Anthropologie und die Benennung der besonderen Zumutungen, die die Demokratie von ihren Bürgern abverlangt.
- Das gilt für Fraenkels Warnung vor der unkritischen Glorifizierung der Demokratie im politischen Unterricht.
- Das gilt für Fraenkels nachdrücklichen Hinweis auf die generellen Grenzen des staatsbürgerlichen Unterrichts als Mittel der Erziehung zur Demokratie.
- Und das gilt nicht zuletzt für seine Skepsis bezüglich der Möglichkeiten, westliche demokratische Systeme in Länder mit anderen Kulturtraditionen zu verpflanzen.

Fraenkels Antwort auf diese Herausforderungen bestand in der Befolgung von zwei Grundsätzen. Der erste Grundsatz lautet, dass der Politikunterricht die Demokratie gegenüber anderen Herrschaftsformen nüchtern und ohne das Schüren von Illusionen behandeln soll. Der zweite Grundsatz verlangt von Lehrerinnen und Lehrern, dass sie sich ihrer persönlichen Vorbildfunktion im Sinne der alltagspraktischen Vermittlung demokratischer Grundwerte in sämtlichen Bereichen des Schulalltags bewusst sein müssen. Politische Bildung in der Schule ist zu wichtig, um sie dem Politikunterricht zu überlassen.

Zur Edition

Das Typoskript des Textes findet sich im Nachlass von Ernst Fraenkel unter der Signatur N 1274, Bd. 31 im Bundesarchiv Koblenz. Der Originaltitel der Rundfunksendung vom 27. November 1958 lautete „Grundforderungen des demokratischen Staates und seiner Verwaltung an die Schule“. Der Text wurde um die Zwischenüberschriften ergänzt, einige Tippfehler im Originalmanuskript wurden stillschweigend korrigiert.

Schule und demokratische Erziehung

von Ernst Fraenkel

Die pluralistisch-rechtsstaatliche Demokratie, in der wir leben und zu der wir uns bekennen, ist – vergleichbar der modernen Wirtschaftsordnung – eine durch ihre Kompliziertheit gekennzeichnete singuläre Erscheinungsform der abendländischen Entwicklung. Nichts wäre irrtümlicher, nichts wäre verhängnisvoller, als sie als eine selbstverständliche, als eine „natürliche“ Organisationsform von Staat und Gesellschaft anzusprechen. Nichts hat sie mehr diskreditiert als der unkritische Versuch, ihre äußeren Organisationsformen in Länder und Kulturkreise zu verpflanzen, denen das intellektuelle und ethische Klima fehlt, ohne die sie nicht gedeihen kann.

Demokratie und Diktatur

Im Gegensatz zur totalitären Diktatur, die eine Herrschaftstechnik darstellt, die allen Nationen aufgezwungen werden kann, die bereit sind, sie zu erdulden, ist die pluralistisch rechtsstaatliche Demokratie genossenschaftlich organisiert und daher nur lebensfähig, wenn nicht nur die Garantie individueller und kollektiver Freiheitsrechte, sondern auch die Notwendigkeit ihrer Selbstbeschränkung freiwillig anerkannt werden. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, annehmen zu wollen, dass der Zwang unter einer autokratischen heteronom-manipulierten Herrschaftsordnung zu leben, von allen ihren Untertanen als eine Last, und die Möglichkeit, unter einer demokratisch autonom organisierten genossenschaftlichen Ordnung zu leben, von all ihren Bürgern als ein Segen empfunden werde. Stellt doch die pluralistisch-rechtsstaatliche Demokratie sehr viel höhere Anforderungen an ihre Bürger als die totalitär-diktatorische Autokratie. Sie bürdet ihnen mit dem Recht der Selbstverwaltung die Pflicht der Selbstverantwortung, mit der Möglichkeit der Selbstregierung die Notwendigkeit der Selbstbeschränkung, mit der Gewährung der Selbstbestimmung die Unerlässlichkeit der Selbstkritik auf.

Die totalitär-autokratische Diktatur bietet all denen eine Zufluchtsstätte, die sich vor der Freiheit fürchten und die zur Selbstentscheidung nicht bereit sind. Für den Preis einer unbedingten Disziplin verspricht sie ihren Anhängern eine uneingeschränkte Geborgenheit. Sie gaukelt ihnen die Möglichkeit eines irdischen Paradieses vor, weil sie die Fähigkeit verloren hat, den tragischen Gehalt der menschlichen Existenz zu begreifen. Indem sie alle Spannungen des menschlichen Lebens auf äußere Umstände zurückführt, versperrt sie ihren Anhängern den Weg zu der Erkenntnis, dass Freiheit im sozialen und politischen Raum einen nie endenden Prozess der Selbstüberwindung darstellt. Sie ersetzt die freie Wahl durch die erzwungene Akklamation, weil sie darauf spekuliert, dass nur allzu viele die Bequemlichkeit des Konformismus der „Qual der Wahl“ vorziehen. Sie verleitet ihre Untertanen dazu, dogmatisch an Rezepte zu glauben und versperrt ihnen den Weg zu der Erkenntnis, dass die konkrete Regelung politischer und sozialer Probleme zwar den Versuch einer bestmöglichen, aber niemals die endgültige Lösung dieser Frage darzustellen vermag.

Menschen im Totalitarismus

Weil sich der totalitäre von dem demokratischen Staat grundlegend durch das Bild vom Menschen unterscheidet, das er seinem politischen Denken und Handeln zugrunde legt, weil beide eine verschiedenartige politische Anthropologie besitzen, sind die Anforderungen verschieden, die sie an die Schule stellen.

Der Totalitarismus kann sich nicht nur – er muss sich damit begnügen, seine Erziehungsstätten als Schulen zu organisieren, in denen Wirtschaftstechniker ausgebildet und Politikfunktionäre angeleitet werden. An den Schulen der totalitären Staaten ist „Gemeinschaftskunde“ ein Fach, das gelehrt und gelernt wird wie andere Fächer auch – auf einer Stufe stehend mit Singen, Rechnen und Handarbeit. „Gemeinschaftskunde“ sucht das Wissen zu vermitteln, bestenfalls das Verständnis zu vertiefen, das als unerlässlich angesehen wird, um den Ablauf der gelenkten staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen. „Gemeinschaftskunde“ ist ein Wissens-, kein Bildungsfach. Es dient dazu, das Kind in seinem Verlangen nach Autorität zu bestärken; es ist weder dazu bestimmt noch dazu geeignet, ein Gefühl der Selbstverantwortlichkeit und Mitverantwortlichkeit zu erwecken. Weil der Totalitarismus auf dem Sicherheitsbedürfnis seiner Untertanen basiert, versucht er



2002 · 159 Seiten · Broschur
EUR (D) 14,90 · Sfr 25,90
ISBN 3-89806-203-1

Das Massaker von Erfurt markiert den vorläufigen Schlusspunkt einer Blutspur, die Amokläufe in jüngster Zeit durch Europa gezogen haben. Doch was bedeutet Amok, woher stammt dieses rätselhafte Phänomen, warum breitet es sich aus? Unter dem Eindruck der Erfurter Ereignisse analysiert Götz Eisenberg, warum die jüngsten Gewaltausbrüche kein Zufall sind. Sie erschließen sich dem Lesenden als »Innenseite« einer Globalisierung, die über die Köpfe und Bedürfnisse der Menschen rabiat hinweggeht und sie gleichzeitig bis in ihr Innerstes erschüttert und verängstigt.



Oktober 2002 · 257 Seiten · Broschur
EUR (D) 24,90 · Sfr 42,30
ISBN 3-89806-187-6

Anhand biografischer Fallgeschichten von Repräsentanten der 68er Generation in Ost- und Westdeutschland zeigen die Autoren das unterschiedliche Schicksal von »Dissidenz« in beiden deutschen Staaten, insbesondere im Hinblick auf Prozesse der Identitätsbildung und die mit adolescentem Aufbegehren verbundenen Innovations- und Erneuerungspotenziale moderner Gesellschaften. Nur wenn es Dissidenz gelingt, die Dimension der Macht nicht zugunsten von »Identitätspolitik« auszuklammern, kann sie politisch wirksam werden.

PSV

Psychosozial-Verlag · Goethestr. 29 · 35390 Gießen
Telefon: 06 41/7 78 19 · Fax: 7 77 42

e-mail: info@psychosozial-verlag.de · www.psychosozial-verlag.de

seinen künftigen Bürgern den Weg zu der Erkenntnis zu versperren, dass der Anfang allen Wissens der Zweifel ist. Der Totalitarismus ist die Staatsform des Infantilismus.

Für die pluralistisch rechtsstaatliche Demokratie ist die Forderung nach Einführung eines staatsbürgerlichen Unterrichts bestenfalls ein sekundäres Problem. So zweckdienlich es sein mag, dass die heranwachsende Generation mit den Grundprinzipien und den Spielregeln vertraut gemacht wird, die in ihrem Staat gelten, so verhängnisvoll wäre es, wenn die Schulen glaubten, ihrer Verpflichtung gegenüber der Demokratie schon allein dadurch nachzukommen, dass sie ein oder zweimal in der Woche das Grundgesetz erläutern.

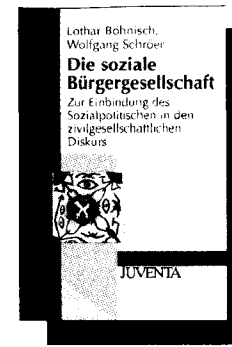
Für ein demokratisches Schulsystem kann es sich nicht primär darum handeln, ein Minimum von politischem Wissen zu übermitteln. Staatsbürgerkunde hat in der Vergangenheit sich nur allzu häufig als geeignet erwiesen, die Freude an der Politik zu vergällen als die Lust zur Politik zu erwecken. Politische Erziehung kann nicht aus der allgemeinen Charakterbildung herausgelöst werden. Wenn es nicht paradox klänge, wäre ich geneigt zu sagen, dass in einer Demokratie die politische Bildung zu bedeutsam ist, um als Spezialfach behandelt zu werden. Sie muss den gesamten Unterrichts- und Erziehungsprozess durchdringen. Weil eine Demokratie nur existieren kann, wenn ihre Bürger bereit sind, sich für ihre eigene Meinung nachdrücklich einzusetzen und dennoch ein Mehrheitsverdict uneingeschränkt anzuerkennen, das im Widerspruch mit ihren eigenen Auffassungen steht, muss die demokratische Schule Menschen heranbilden, die daran gewöhnt werden, sich ihr eigenes Urteil in Auseinandersetzung mit abweichenden Meinungen zu bilden.

Stefan Müller, Berlin

Keine Gesellschaft und kein Staat kann damit rechnen, dass seine Bürger über die notwendige geistige Reife und charakterliche Aufgeschlossenheit verfügen, den Mittelweg zwischen einem lähmenden Relativismus und einem tödenden Dogmatismus zu finden, wenn sie nicht geschult worden sind, sich voller Stolz auf ihr eigenes Urteil zu verlassen und voller Bescheidenheit sich der Grenzen ihrer Urteilsfähigkeit bewusst zu sein.

Dies kann aber nur erreicht werden, wenn der heranwachsende Mensch – gleichgültig, auf welchem Spezialgebiet – mit der Notwendigkeit konfrontiert wird, zur eigenständigen geistigen Verantwortung zu gelangen. Nur, wer die Zweifel in sich selbst zu überwinden gelernt hat, wird die Berechtigung fremder Zweifel anzuerkennen bereit sein. Je weniger stark emotionale Momente eine Entscheidung zu beeinflussen geeignet sind, desto leichter dürfte es sein, anzuerkennen, dass eine auch noch so starke subjektive Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Entscheidung nicht notwendigerweise verbürgt, dass sie die bestmögliche – die einzig mögliche Lösung des aufgeworfenen Problems darstellt.

Die Notwendigkeit demokratischer Verantwortungsbereitschaft, die gleichzeitig Entschlussfreudigkeit und Gruppendisziplin voraussetzt, dürfte sich daher sehr viel leichter durch Demonstration an Beispielen aus dem Erfahrungsbereich des heranwachsenden Menschen als aus dem der „hohen Politik“ begreiflich machen lassen. Die Verpflichtung der Schule der demokratischen Gemeinschaft gegenüber besteht nicht zuletzt darin, dass sie das Verhältnis des Lehrers zu seinen Schülern und die Beziehungen der Schüler untereinander den gleichen Normen menschlichen Verhaltens unterstellt, deren Anerkennung das Funktionieren der politischen Demokratie ermöglicht. Hierzu gehört vor allem auch im Schulleben, dass die Gebote der Fairness herrschen, ohne deren Anerkennung die idealste Verfassungsordnung ein toter Buchstabe bleiben muss. Das Phänomen der englischen politischen Ordnung, die ohne geschriebenes Verfassungsrecht funktioniert, weil ihre Spielregeln zum



Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröer

Die soziale Bürgergesellschaft

Zur Einbindung des Sozialpolitischen in den zivilgesellschaftlichen Diskurs

Die Entgrenzung des Sozialen, Band 3, 2002, 232 S., br. € 16,-; sFr 28,- (1092 6)

Der sozialpolitische Diskurs in Deutschland hat sich immer aus dem Spannungsverhältnis von Kapital und Arbeit heraus entwickelt und nicht aus einer lokalen Bewegung mit bürgerschaftlichem Anspruch. Dieses sozialpolitische Spannungsverhältnis wird in diesem Buch aktualisiert und auf den verschiedenen Ebenen der sozialökonomischen Entwicklung zur bürgerschaftlichen Perspektive in Bezug gesetzt.

Marion Gemende

Interkulturelle Zwischenwelten

Bewältigungsmuster des Migrationsprozesses bei MigrantInnen in den neuen Bundesländern

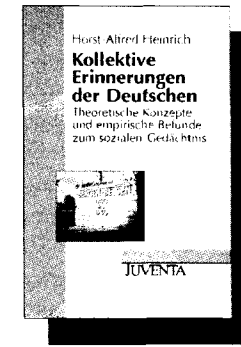
Dresdner Studien zur Erziehungswissenschaft und Sozialforschung, 2002, 240 S., br. € 20,-; sFr 34,60 (1312 7)

Mit dem Konstrukt der „interkulturellen Zwischenwelten“ wird das lineare Denken aufgebrochen und der Lebenswirklichkeit von migrierenden Menschen näher gekommen. Der Zwischenweltenansatz wird durch die Verdichtung theoretischer Modelle vor allem aus der Migrationsforschung und empirischer Studien zu ostdeutschen Migranten und Migrantinnen entwickelt.

Mehr Info im Internet: <http://www.juventa.de>

Juventa Verlag, Ehretstraße 3, D-69469 Weinheim

JUVENTA



Horst-Alfred Heinrich

Kollektive Erinnerungen der Deutschen

Theoretische Konzepte und empirische Befunde zum sozialen Gedächtnis

2002, 288 S., br. € 24,-; sFr 41,50 (1096 9)

Der Autor arbeitet heraus, was Deutsche aus ihrer Geschichte im Gedächtnis präsent haben. Dadurch wird deutlich, inwieweit diese Erinnerungen mit dem öffentlichen Gedenken korrespondieren bzw. davon abweichen. Mit seinen Daten belegt er, wie sehr wir das kulturelle Gedächtnis benötigen, damit als unangenehm empfundene Aspekte der eigenen Geschichte nicht gänzlich vergessen werden.

Christian Lüdemann, Thomas Ohlemacher

Soziologie der Kriminalität

Theoretische und empirische Perspektiven

Grundlagentexte Soziologie, 2002, 212 S., br. € 15,-; sFr 26,30 (1475 1)

Diese Einführung analysiert Kriminalität aus soziologischer Perspektive. Es werden einzelne Theorien zu den Ursachen von und dem Umgang mit Kriminalität präsentiert und am Beispiel ausgewählter Kriminalitätsformen empirisch angewendet. Darüber hinaus werden die Wirkungsmöglichkeiten von Prävention und sozialer Kontrolle als Formen gesellschaftlicher Reaktion auf Kriminalität diskutiert. Das Buch wendet sich sowohl an Studierende und Lehrende an Hochschulen und Universitäten als auch an Praktiker in den Bereichen Polizei, Sozialarbeit, Judikative, Medien sowie Öffentlichkeitsarbeit.

selbstverständlichen Bestandteil der Umgangsformen in allen Bereichen privaten und öffentlichen Lebens geworden sind, stellt bis zur Stunde das Unerreichte, aber durchaus nicht unerreichbare Beispiel einer wirksamen Demokratie dar. Nicht zu Unrecht hat man auf die erzieherische Wirkung hingewiesen, die dem Sport hierbei zukommt.

Gewiss, das englisch-amerikanische Unterrichtswesen ist nicht in jeder Beziehung vorbildlich. Es sollte aber doch zu denken geben, dass an guten amerikanischen Colleges und Universitäten die zahlreichen – die allzu zahlreichen – Prüfungsarbeiten ohne Aufsicht angefertigt werden. Die Studenten kontrollieren sich gegenseitig. Der Gebrauch von „Spickzetteln“, das „Pfuschen“ oder wie immer die Schülersprache diese Methoden nennen mag, gilt als ein Verstoß gegen die Gebote der Fairness, als eine Verletzung der Regeln des lautereren Wettbewerbs, die zum bindenden Comment der Studentenschaft geworden sind.

Manch einem mag dies als eine Kleinigkeit erscheinen. Sobald jedoch die Regelung interner Schulvorgänge unter Berücksichtigung der symbolischen Bedeutung erfolgt, die sie für das Gemeinschaftsleben besitzt, erscheint sie in einem neuen Licht. Sie vermag dem heranwachsenden Menschen den Stil zu veranschaulichen, die Atmosphäre vertraut zu machen, die bestehen müssen, damit eine heterogene durch eine autonome Ordnung ersetzt werden kann.

Als im Jahre 1918 in Deutschland der Obrigkeitsstaat durch den Volksstaat ersetzt werden sollte, hat man große Hoffnungen auf die Schüler selbstverwaltung gesetzt. Bei der Kritik dieser Experimente hat man nur allzu häufig übersehen, dass ihre administrativen Aspekte sehr viel weniger bedeutsam waren als ihre pädagogischen. Denn auch ein gescheitertes Experiment vermag zur demokratischen Erziehung beizutragen, weil es zur Erkenntnis der Gefahren einer mechanischen Übertragung demokratischer Methoden auf Lebensvorgänge zu führen vermag, die sich für deren Anwendung als ungeeignet erwiesen haben.

Der Demokratie ist nicht damit gedient, dass die Schule die Anwendung demokratischer Prinzipien als eine allgemein gültige Patentlösung darstellt, ohne hervorzuheben, dass es der nie erlahmenden Anstrengung bedarf, um die soziologischen und die psychologischen, die wirtschaftlichen und moralischen Voraussetzungen zu schaffen, um das Bestehen einer Demokratie möglich zu machen. Eine unkritische Glorifizierung der Demokratie vermag das politische Bewusstsein ebenso zu trüben wie ihre überkritische Negierung. Eine Täuschung über die Möglichkeiten der Demokratie muss zu einer Enttäuschung über ihre Wirksamkeit führen.

Weil Demokratie voraussetzt, dass ihre Bürger von dem Bestreben geleitet sind, das Gemeinwohl zu fördern, ohne dass die Gewähr besteht, dass sie dieses Ziel jeweils voll erreichen, versäumt die Schule ihre Aufgabe, wenn sie nicht gleichzeitig den Idealismus fördert, der sich die Aufgabe setzt, die bestmögliche Lösung des Gemeinschaftslebens anzustreben und den Stolz dämpft, der sich anmaßt, die allein selig machende Lösung verwirklichen zu können. Nur eine Schule, die Menschen erzieht, die sich der Möglichkeit und der Grenzen menschlicher Existenz bewusst sind, erfüllt ihre Pflicht gegenüber der Demokratie.